

Rudersberger Bürger

1.	Klima- und Artenschutz: Wir fordern, dass der Klimamanager bei relevanten Entscheidungen grundsätzlich eine aussagekräftige Bewertung der Auswirkungen vorlegen muss.	Aus fachlichen (technische Voraussetzungen/Wissen) und zeitlichen Gründen (50%-Stelle Klimamanager) eine Umsetzung nicht möglich.	Kenntnisnahme. GR-Klausur wird anberaumt zu Umwelt- und Klimaschutz i.w.S.
2.	Mit der Umsetzung des Baugebietes Mittelfeld in Michelau, Rewe und Wohnbebauung, beantragen wir die Umsetzung der Aspekte des Nachhaltigen Bauens (green building). Die Grundsätze von green building, Nachhaltigkeit bei Ökologie, Ökonomie und Soziokultur, sollen zukünftig in unserer Gemeinde den Maßstab darstellen. Deshalb sollen dem Gemeinderat umgehend diese Grundsätze vorgestellt werden, um auf deren Basis eine Grundsatzentscheidung fällen zu können, welche auch für das Baugebiet Mittelfeld greift.	Die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) ist die zentrale Wissensplattform rund um nachhaltiges Bauen. Diese bieten mit ihrem Referentenservice für Präsenzveranstaltungen und auch digitale Formate wie Webseminare ein Netzwerk von professionellen und hochkarätigen Referenten zu diesem Thema. Die Teilnahme eines Referenten an einer der nächsten Sitzungen wird angefragt. Alternativ können Referenten von der Uni Stuttgart angefragt werden.	Zustimmung. GR-Klausur wird anberaumt zu Umwelt- und Klimaschutz i.w.S.
3.	Lichtverschmutzung: Wir fordern von der Verwaltung die Erstellung eines Konzeptes auch bezüglich Schaltzeiten, Gebäudebeleuchtungen usw. für das gesamte Gemeindegebiet, rechtzeitig zum B-Plan Mittelfeld.	Die Verwaltung wird beauftragt ein entsprechendes Angebot einzuholen. Über die Vergabe entscheidet der Gemeinderat / Ausschuss.	Zustimmung. Nachrichtliche Frage: gibt's Handhabe für die Gemeinde bzgl. Beleuchtung von privaten Gebäuden in der Nacht? Siehe neue Verordnung.
4.	Es gibt noch viele gemeindeeigene Dachflächen, die geeignet sind für PV Anlagen (Bürgerhaus Schlechtbach + Michelau, Schule + Halle Steinenberg, Kiga Steinhaldenweg + Steinenberg usw.). Hier möchten wir 50.000€ im Jahr 2022 ansetzen, um PV Anlagen auf diesen Dächern zu installieren. Dazu brauchen wir eine Bewertung dieser Dächer um entsprechend sinnvolle PV Anlagen projektieren und umsetzen zu können.	Die Verwaltung wird eine entsprechende Übersicht erstellen und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen. Entsprechende Mittel sind dann im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gemeindewerke bereit zu stellen, bei Durchführung in 2022 ggf. durch Mittelumschichtung von anderen Projekten. =>Hinweis: Hier könnte auch das Solarkataster der LUBW hilfreich sein. siehe auch Antrag lfd. Nr. 9 der CDU	Zustimmung. Nachrichtlich: Im Frühjahr Anpassung unserer Förder-Rili vorgesehen (GR im März).
5.	Wir wünschen uns einen umfassenden Grünpflegeplan, der den Artenschutz im Fokus hat. Zur Entlastung der Bauhofmitarbeiter:innen soll dieser Plan vom Gemeinderat auf den Weg gebracht werden. Damit sind in der Sache auch der Gemeinderat und die Verwaltung die Ansprechpartner für die Bürger und nicht nur die Ausführenden vor Ort.	Das "Grünflächenpflegekonzept der Gemeinde Rudersberg" wurde im vergangenen Herbst von der Bauhofleitung und dem Klimamanager erarbeitet und kann dem Gemeinderat vorgestellt werden. Die einzelnen Fläche werden Zug um Zug aufgenommen. Sofern fachlicher Input erforderlich wird, ist an eine Unterstützung durch entsprechende Fachbüros (siehe auch Biotopverbundplanung), den Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald und fachlich versierter Mitglieder des Gemeinderats gedacht. Die Bauhofleitung freut sich hier über jede Unterstützung.	Zustimmung zur Vorstellung des Konzepts, wenn neue Bauhofleitung Dienst angetreten hat.

Rudersberger Bürger

6.	...möchten wir 13.000 € im Jahr 2022 für ein Scheibenmähwerk für den neuen Metrac in den HH einstellen. Etwa 50% der rund 200ha Fläche mäht der Bauhof mit dem Metrac der Jagdgenossenschaft. Derzeit jedoch alles mit einem Mulcher, bei dessen Einsatz leider nichts an Insekten und Kleinlebewesen am Leben bleibt. Über den Grünpflegeplan sollen sensible und geeignete Flächen im Streuobst, in Grünflächen und an Hoch-wasserdämmen definiert werden, welche dann mit dem um 50% schonenderen Scheibenmähwerk gemäht werden.	Zustimmung zum Antrag. Die Mittel werden überplanmäßig im HH 2022 bereit gestellt.	Zustimmung; Deckung über Minderausgaben an kirchl. Kindergartenträger (Mittelabruf liegt unter Planzahlen 2022).
7.	Ein weiterer Baustein für eine zukunftsfähige Kommunalpolitik kann die Beteiligung der Gemeinde Rudersberg an der Idee „FAIR TRADE-TOWNS“ sein. Fairer Handel sowohl unter allen Akteuren, als auch mit regionalem Bezug, muss gerade auch auf kommunaler Ebene gelebt werden. Wir bitten die Verwaltung, hierzu zeitnah Informationen und einen Vorschlag dem Gemeinderat zur Diskussion vorzulegen.	Die vorbereitenden Arbeiten für das Bewerbungsverfahren werden derzeit erarbeitet. Nach der vollständigen Vorlage unserer Unterlagen ist vom Gemeinderat ein Beitrittsbeschluss zu fassen.	Ziel: 2./3. Quartal 2022. Zustimmung.
8.	Bei der Anlage neuer Kleingartengebiete gibt es inzwischen etwas Bewegung. Mit zunehmender Innenverdichtung verschwinden private Nutzgärten auch aus unseren Dörfern. Deshalb müssen wir hier Ersatzflächen anbieten. Wir hoffen, dass das Projekt nun 2022 umgesetzt wird.	Erste Gespräche mit dem betroffenen Landwirt und den jeweiligen Grundstückseigentümern konnten geführt werden. Es steht auch der Wunsch nach Kompensation für die bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen im Raum. Anschließend kann über die Einleitung eines entsprechenden Bebauungsplanverfahrens beraten werden. Da jedoch auch bei diesen Verfahren umweltschutzrechtliche Belange / Artenschutz zu beachten sind, wird es bis zur Umsetzung noch etwas dauern.	Kenntnisnahme/Zustimmung.

Rudersberger Bürger

9.	<p>Barrierefreie Gemeinde: ...gibt es nach wie vor viele Bereiche wo Handlungsbedarf besteht: Öffentliche Gebäude, Kirchen, medizinische Einrichtungen, Verkehrsanlagen wie Bordsteinkanten usw. Seit 2009 gibt die UN-Behindertenkonvention durch die entsprechende Ratifizierung in Deutschland den rechtlichen Rahmen vor. Wir bitten die Verwaltung um eine aktuelle Bestandsaufnahme, so dass wir im Gemeinderat hier aktiver werden können.</p>	<p>Eine umfassende Aufnahme des Bestands bei gemeindlichen Gebäuden (z.B. Schulen, Kindergärten, Rathaus, Ortsämter, Bäder, Friedhöfe, Gemeindehallen, Dorfgemeinschaftshäuser, Büchereien, Backhäuser, Ölmühle u.v.m.) ist für die Verwaltung personell nicht leistbar. Sofern bauliche Maßnahmen bei gemeindeeigenen Gebäuden anstehen, wird die Umsetzung des Themas Barrierefreiheit im Rahmen des Bauantrags geprüft. Sofern bei einem Gebäude dringender Handlungsbedarf besteht, wird dies im Einzelfall geprüft.</p> <p>Bei anstehenden Tiefbaumaßnahmen wie z.B. die Umgestaltung der Bushaltestellen wird / wurde der Behindertenbeauftragte des LRA Rems-Murr-Kreis an der Planung beteiligt. Darüber hinaus wird bei Straßenbaumaßnahmen / bei der Straßenunterhaltung darauf geachtet, dass an geeigneten Stellen abgesenkte Randsteine eingebaut werden.</p>	<p>Bei relevanten kommunalen Baumaßnahmen (Gebäude) im Einzelfall prüfen, ebenso bei anstehenden Tiefbaumaßnahmen Thema betrachten.</p> <p>Einzelne neuralgische Punkte gegenüber der Verwaltung ansprechen. Bürgerbeteiligung betreffend Verkehrsraum. Ansprechpartner/Anlaufstelle in der Verwaltung benennen. Rückmeldungen werden im Gremium vorgestellt ggf. mit Handlungsempfehlung.</p> <p>Prüfung, ob Unterstützung durch LRA möglich ist z.B. bei Bestandsaufnahme oder bei konkreten Maßnahmen.</p>
10.	<p>Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses: Unser Vorschlag ist der Bau 350 Meter weiter Richtung Weru. Dann brauchen wir kein teures Provisorium für die Feuerwehr während der Bauzeit. Und wenn nach Fertigstellung des neuen Feuerwehrgerätehauses an der alten Stelle die Fläche zur Bebauung z.B. mit einem Wohn- und Geschäftshaus verkauft wird, dann haben wir knapp 1 Mio. € gespart.</p>	<p>Im Rahmen der weiteren Planung/Entscheidungsfindung zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Rudersberg wird es eine Sondersitzung des Gemeinderats geben, in welcher auch die Vor- und Nachteile hinsichtlich des Standorts erörtert werden.</p>	<p>Vor Sitzung noch andere neue Gerätehäuser mit Vertretern des Gemeinderats besichtigen.</p> <p>Standort-Überlegungen noch einmal durch einen Fachmann hinsichtlich Anfahrtswegen der Feuerwehrkollegen zum Gerätehaus verifizieren lassen.</p>
11.	<p>....schlagen wir eine neue Struktur bei der Wirtschafts- und Tourismusförderung vor. Wir möchten die Stabsstelle in eine Linienstelle umwandeln. Mittelfristig soll ein Stellenschlüssel von 1,0 angesetzt werden.</p>	<p>Auf die Beratungen und Beschlüsse im Zusammenhang mit den Stellenplanberatungen in VA (30.11.2021) und GR (07.12.2021), Vorlagen 2425/2021 und 2425/2021/1) wird verwiesen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Freie Wähler

1.	<p>Kindergartenbus: ...unser Wunsch, den Bus entweder so herzurichten, dass er für die Kinderbeförderung wieder geeignet ist oder durch einen Neuen zu ersetzen.</p> <p>Die Kosten bei einer Neubeschaffung könnten auch durch Einbeziehung der örtlichen Gewerbetreibenden durch eine Spendenfinanzierung gemindert werden.</p>	<p>Der Kindergartenbus (Erstzulassung 07/2010; 230T km) wurde im Oktober 2021 für rund 3.500 Euro vollständig wieder hergerichtet, einschließlich TÜV. Laut Werkstatt ist das Fahrzeug so die kommenden beiden Jahre voll fahrbereit. Selbstverständlich können aufgrund des Alters unvorhergesehene Reparaturen jederzeit vorkommen. Die Verwaltung hat vor der Reparatur die Wirtschaftlichkeit geprüft. Gebrauchtwagen im Zustand des vorhandenen Fahrzeugs werden immer noch zu fünfstelligen Preisen gehandelt, außerdem ist der Markt für eine Ersatzbeschaffung aktuell schwierig.</p> <p>Die langjährige Fahrerin des Kindergartenbusses wird im Lauf des Jahres in den Ruhestand treten. Die Verwaltung wird die Stelle neu ausschreiben. Bevor eine personelle Nachfolge nicht geklärt oder gesichert ist, sollte auch keine Planung einer Neubeschaffung eines Fahrzeugs erfolgen. Das Angebot des Kindergartenbusses steht und fällt mit einer geeigneten Fahrperson.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Ggf. rechtzeitig nach Ersatzfahrzeug schauen, wenn personelle Frage geklärt ist.</p>
2.	<p>Im Kindergarten Villa Sonnenschein, Rudersberg, sollte die Lüftungsanlage erneuert werden. Bei einer Gesamtsumme von ca. 150.000 Euro können 80 % Fördermittel generiert werden, was letztendlich zu einem Eigenanteil von ca. 30.000 Euro für die Gemeinde zu Buche schlägt. Für diese sinnvolle Investition sollte das benötigte Geld im Haushalt vorgehalten werden.</p>	<p>Zur Fristwahrung (31.12.2021) wurde ein entsprechender Förderantrag gestellt. Sofern Fördermittel bewilligt werden, wird eine entsprechende Sitzungsvorlage zur Entscheidung im Gemeinderat erstellt.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Deckung ggf. durch Minderabruf bei Zuschüssen an kirchliche Kindergartentäger.</p>
3.	<p>Ölmühle Michelau: Über die Abfolge der Bauarbeiten sollte noch eine intensive Abstimmung erfolgen.</p>	<p>Aktuell findet eine Überplanung der ersten "Ideen-Skizzen" statt. Im Anschluss daran erfolgen eine nochmalige Bürgerbeteiligung sowie eine Beschlussfassung im Gemeinderat.</p>	<p>Zustimmung.</p>
4.	<p>European Energy Award; Seit mehreren Jahren war es uns, den FREIEN Wählern ein Anliegen zu sehen, wo steht die Gemeinde mit ihren Gebäuden und Liegenschaften. Wie sind die Möglichkeiten der Energieeinsparungen oder der Nutzung von alternativen Energien? Daher erwarten wie sehnlichst die beschlossenen Energieberichte um eine Diskussionsgrundlage für weitere Sanierungsarbeiten oder Energieeinsparungen zu haben.</p>	<p>Im Rahmen des European Energy Awards wurde beim Bund ein Förderantrag für die Einführung eines kommunalen Energiemanagements für Gemeindegebäude, welches auch eine Bestandsaufnahme umfasst, gestellt. Mit dem Eingang des Bewilligungsbescheides kann im 2. Quartal 2022 gerechnet werden. Danach können wir mit der konkreten Einführung und Umsetzung des Gebäudemanagements beginnen. Dies beinhaltet auch die entsprechenden Sanierungsfahrpläne nach Dringlichkeit, welche der Gemeinderat beschließt.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

CDU-Fraktion

1.	...fordern wir deshalb die Entwicklung eines Personalkonzepts, das nicht nur benötigte Personalbedarfe in den Fokus nimmt, sondern einen ganzheitlichen, umfassenden Ansatz schafft, in dem auch günstiger Wohnraum und attraktive Freizeitmöglichkeiten sowie eine sich dem Tarifrecht bedienende, attraktive Entlohnung der Fachkräfte unserer Gemeinde seine Berücksichtigung findet.	Die Verwaltung wird im Lauf des Jahres einen Überblick über die Personalentwicklung der Gemeinde geben. Anhand der Zusammenstellung kann der Gemeinderat dann darüber beraten und entscheiden, ob und ggf. welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden.	Zustimmung.
2.	Infrastruktur von Frischwasserleitungen und Abwasserkanälen: Für ein zielorientiertes Vorgehen wünschen wir uns daher im ersten Halbjahr 2022 eine entscheidungsreife Vorlage einer kurz-, mittel- und langfristigen Priorisierungsliste (inkl. Förderquoten und Laufzeiten) zum Erhalt und gegebenenfalls zur Verbesserung dieser Infrastruktur.	<p>Im Bereich der Abwasserbeseitigung gibt der sog. "Allgemeine Kanalisationsplan" (AKP) Aufschluss über den Zustand und Sanierungsbedarf der Kanäle. Entsprechend den Schadensklassen müssen die Kanäle saniert werden. Derzeit wird der AKP des Ortsteils Steinenberg überarbeitet. Sobald dieses Planwerk vorliegt, wird dieses vom Ingenieur-Büro Bolz + Palmer im GR / BVU vorgestellt. In diesem Zusammenhang können dann Ausführungen zum AKP im gesamten Gemeindegebiet gemacht werden.</p> <p>Im Bereich der Wasserversorgung gibt es keine gesetzliche Verpflichtung zur Führung eines vergleichbaren Katasters. In der Regel stehen die Erneuerungen der Wasserleitungen im Einklang mit den notwendigen Kanalsanierungen bzw. anstehenden Straßenbaumaßnahmen. Lediglich in Bereichen mit deutlich erhöhten Wasserrohrbrüchen werden Wasserleitungen losgelöst von weiteren Maßnahmen saniert.</p>	<p>Zustimmung./Kenntnisnahme.</p> <p>Nachrichtlich: Im Bereich Wasserversorgung wird von der Verwaltung selbst sukzessive ein Kataster aufgebaut.</p>
3.	...bitten die Verwaltung zu prüfen, ob der Einsatz von Vialytics auf Geh- und Fahrradwege ausgeweitet werden kann, um hier Sicherheitsmängel zu erkennen und Handlungsbedarfe zu priorisieren.	Mit Vialytics werden bereits heute alle asphaltierten Straßen und Wege im Gemeindegebiet befahren, d.h. auch Feld-/ Fahrradwege. Die Gehwege sind bei der Befahrung der jeweiligen Straßen grundsätzlich mit abgebildet, so dass auch hier die Schäden entsprechend erkannt und priorisiert werden können.	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Nachrichtlich: Der Landkreis führte eine Befahrung der Radwege durch. In den letzten Tagen wurden umfangreiche Daten zur Verfügung gestellt. Diese müssen noch ausgewertet werden. Info im Gremium kann anschließend erfolgen.</p>
4.	Antrag auf Errichtung einer Wegeverbindung zwischen der Sporthalle Oberndorf in Verlängerung der Bergstraße und dem Gebiet Lupinenweg/Bühlgärten. Diese Wegeverbindung wird bereits heute schon durch einen illegalen Trampelpfad über die Streuobstwiesen von Schülern und Bewohnern des Gebietes Lupinenweg/Bühlgärten genutzt.	Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine Umsetzung (auch mit Blick auf Eigentumsverhältnisse / Lage im Vogelschutzgebiet) möglich ist.	Zustimmung.

CDU-Fraktion

<p>5. ...fordern wir deshalb, bei der zukünftigen Bewertung von Infrastrukturprojekten und Bauvorhaben mit zu berücksichtigen: • Bewertung des CO²-Ausstoßes bei allen Ausschreibungen für künftige Bauvorhaben. Für die Vergleichbarkeit von Anbietern ist der CO²-Ausstoß eines Anbieters eine relevante Information zur Entscheidungsfindung und sollte daher künftig ausgewiesen werden – zum Beispiel bei der Berücksichtigung von Anfahrtsstrecken oder beim Einsatz bestimmter Materialien.</p>	<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Punkte innerhalb geltenden Rechts in Ausschreibungen aufgenommen werden können.</p>	<p>Kenntnisnahme. Nachrichtlich: kann mit höheren Kosten einhergehen. GR-Klausur wird anberaumt zu Umwelt- und Klimaschutz i.w.S.</p>
<p>6. ...fordern wir deshalb, bei der zukünftigen Bewertung von Infrastrukturprojekten und Bauvorhaben mit zu berücksichtigen: • Auch das Recycling von Baumaterialien sollte bei Sanierungsmaßnahmen vorausgesetzt werden und als Kennzahl mit in die Beurteilung von Maßnahmen mit einfließen.</p>	<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Punkte innerhalb geltenden Rechts in Ausschreibungen aufgenommen werden können.</p>	<p>Kenntnisnahme. GR-Klausur wird anberaumt zu Umwelt- und Klimaschutz i.w.S.</p>
<p>7. ...fordern wir deshalb, bei der zukünftigen Bewertung von Infrastrukturprojekten und Bauvorhaben mit zu berücksichtigen: • Die Betrachtung der gesamten Umweltbilanz eines Projektes muss eine größere Rolle spielen: Wie viel CO₂ wird durch die Maßnahme eingespart, zum Beispiel weil nach einem Neubau oder Sanierung eine deutlich verbesserte Energiebilanz vorliegt. Oder weil durch den Einsatz regenerativer Energiequellen an anderer Stelle deutlich CO₂ eingespart werden kann. Oder auch, was am Beispiel des REWE-Marktes in Michelau deutlich wird – weil jede Menge Autofahrten aus den Teilorten eingespart werden können, die bisher nach Miedelsbach oder Schorndorf zum Einkaufen ausgewichen sind.</p>	<p>Eine umfassende Bewertung sämtlicher umweltrelevanter Aspekte bei allen Neubau- oder Sanierungsmaßnahmen ist mit dem vorhandenen Personal nicht leistbar. In ausgewählten Einzelfällen wird dies möglich sein bei Hinzuziehung von externer Unterstützung. => Hinweis: Könnte auch über das Thema "green building" beispielhaft dargestellt werden und künftig bei ausgesuchten Projekten angewendet werden.</p>	<p>GR-Klausur wird anberaumt zu Umwelt- und Klimaschutz i.w.S.</p>
<p>8. ...beantragen wir, dass bei der Herstellung von ebenerdigen Parkflächen wie z. B. beim Projekt Neubau REWE in Michelau geprüft wird, ob es sinnvoll ist, die Parkfläche zu überdachen und mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten.</p>	<p>Zustimmung zum Antrag.</p>	<p>Zustimmung. Nachrichtlich: gewisse gesetzliche Vorgaben gibt es bereits. Sofern möglich, auch Parkplätze mit kleinerer Stellplatzanzahl einbeziehen in Prüfung.</p>

CDU-Fraktion

9.	Dasselbe gilt für die Bestandsbauten der Gemeinde Rudersberg: Prüfung: Wo es wirtschaftlich und energetisch sinnvoll ist, sollten diese dringend mit Photovoltaikanlagen nachgerüstet werden.	Die Verwaltung wird eine entsprechende Übersicht erstellen und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen. Entsprechende Mittel sind dann im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gemeindewerke bereit zu stellen, bei Durchführung in 2022 ggf. durch Mittelumschichtung von anderen Projekten. =>Hinweis: Hier könnte auch das Solarkataster der LUBW hilfreich sein. siehe auch Antrag lfd. Nr. 4 der Rudersberger Bürger	Zustimmung. Nachrichtlich: a) Im Frühjahr Anpassung unserer Förder-Rili vorgesehen (GR im März). b) Antrag bezog sich auch auf Parkplätze, nicht nur auf Gebäude.
10.	Thema „Potentialflächenanalyse und Testentwürfe“ für die Innenentwicklung: Im Zusammenhang regen wir an, dass eine Reflexion der Probleme, die in der Vergangenheit bei derartigen Maßnahmen der Nachverdichtung aufgekommen sind, erfolgen sollte, um Leitlinien für künftige Projekte zu erarbeiten. Insbesondere sollte Wert darauf gelegt werden, dass nicht zu sehr nachverdichtet wird, um die Lebensqualität in Rudersberg zu erhalten. Rudersberg mit allen seinen Teilorten sollte weiterhin erkennbar sein.	Mit der zwischenzeitlich beauftragten Potentialflächenanalyse wurden gleichzeitig auch Testentwürfe beauftragt. D.h. für besonders zur Nachverdichtung geeignete Grundstücke sollen Testentwürfe erstellt werden, in welchen eine mögliche städtebauliche Nutzung in Form eines Entwurfs aufbereitet wird. Hier können auch die Wünsche der Gemeinde in Bezug auf die künftige Bebauung mit berücksichtigt werden. Grundsätzlich gilt es jedoch die Vorgaben des Verbandes Region Stuttgart zu beachten. Hierzu ist zur Reduzierung der Belastung von Freiräumen und der Bodenversiegelung durch neue Siedlungsflächen für alle neu zu erschließenden Wohnsiedlungen eine angemessene Brut-towohndichte einzuhalten. Bei der Gemeinde Rudersberg handelt es sich gemäß Regionalplan um eine auf die Eigenentwicklung beschränkte Gemeinde im Ländlichen Raum im engeren Sinne. Dementsprechend ist laut Plansatz 2.4.0.8 (Z) eine Bruttowohndichte von 50 Einwohnern pro Hektar für alle neu zu erschließenden Wohnsiedlungen vorgegeben.	Prüfung im Einzelfall. Pauschales Bewertungsraster kaum/nicht möglich. Potentialflächenanalyse wird sicher neue Erkenntnisse bringen für Beratungen im Gemeinderat insb. bzgl. möglicher Nachverdichtung/Innenentwicklung.
11.	...bitten wir die Verwaltung zu prüfen, ob im Rahmen der Stelle der Wirtschaftsförderung, nicht auch ein aktives Leerstandsmanagement betrieben werden kann.	Beim Leerstandsmanagement gilt es zwischen gerwerblichen Leerständen und Leerständen im Bereich der Wohnbebauung zu unterscheiden. Im Rahmen des aktiven gewerblichen Leerstandsmanagements wird die Wirtschaftsförderung im Laufe des Jahres dem Gemeinderat einen Bericht über die Gespräche mit den Eigentümern vorlegen. Im Vorfeld mit der künftigen Flächennutzungsplanung kann ein Angebot für eine Bestandsübersicht der Leerstände im Bereich der Wohnbebauung von einem externen Anbieter eingeholt werden. Die Verwaltung wird beauftragt ein entsprechendes Angebot einzuholen. Über die Vergabe entscheidet der Gemeinderat / Ausschuss. Eine Aussage, ob mit den bestehenden Personalkapazitäten ein aktives Leerstandsmanagement betrieben werden kann, kann derzeit - ohne den Bestand zu kennen - nicht getroffen werden.	Kenntnisnahme./Zustimmung. Nachrichtlich: evtl. mit Partner (z.B. Caritas) Aktivitäten insb. bzgl. leerstehenden Wohnungen verstärken.

CDU-Fraktion

12.	Sachstandsbericht zur Sprachförderung in den Kindergärten der Gemeinde Rudersberg und bitten zu prüfen, ob in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit an den jeweiligen Grundschulen sinnvoll sein könnte.	Zustimmung zum Antrag. Eine Neukonzeption der Sprachförderung wird derzeit in Abstimmung und Kooperation mit den weiteren örtlichen Trägern erarbeitet. Die Verwaltung wird dem Gremium anschließend einen Sachstandsbericht vorlegen.	Zustimmung.
13.	... beantragen wir eine Konzeption zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit unter Einbeziehung der neugeschaffenen Stelle an den Grundschulen Schlechtbach und Steinenberg.	Zustimmung zum Antrag. Die Verwaltung unterstützt eine ganzheitliche, vernetzte Konzeption der Schulsozialarbeit für alle Schulstandorte. Die Umsetzung ist von den personellen Rahmenbedingungen abhängig, die Verwaltung wird zeitnah entsprechende Gespräche führen.	Zustimmung.
14.	...drei Rudersberger Bäder. Hier haben wir wie viele den Wunsch, dass 2022 eine für alle Bäder gültige Jahreskarte eingeführt wird. Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit den Fördervereinen um Vorschläge für eine einheitliche Umsetzung gebeten.	In den Bädern konnten in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund der Corona-Auflagen und Beschränkungen keine Jahreskarten verkauft werden. In der Badesaison 2022 werden diese - sollte keine außergewöhnliche Situation eintreten - wieder eingeführt. Die Jahreskarten gelten wie vor der Pandemie für beide Freibäder. Die Verwaltung wird außerdem prüfen, wie künftig auch das Hallenbad mit einbezogen werden kann.	Zustimmung.
15.	...bitten wir die Verwaltung im Bereich der Naherholung eine Übersicht über sämtliche vorhandene Angebote zu erstellen. Diese Übersicht könnte die bereits existierende Internetseite www.rudersberg-aktiv.de gewinnbringend ergänzen. Mithilfe dieser Übersicht sollte dann geprüft werden, ob Angebote nicht aufgewertet werden können, indem ergänzende Maßnahmen getroffen werden. Beispielhaft seien hier das Anbringen von Mülleimern an den Aussichtsbänken oder eventuell notwendige Anpassungen bei Parkplätzen genannt.	Die Wirtschafts- und Tourismusförderung wird dem Gemeinderat im Lauf des Jahres 22 eine Bestandübersicht der Naherholungsangebote aufbereiten. Danach wird die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Angebot für die Erweiterung der Homepage (www.rudersberg-aktiv.de) einzuholen und die gemeindeeigene Homepage www.rudersberg.de zu ergänzen. Über die Vergabe und den möglichen Ausbau von Aufwertungsmaßnahmen entscheidet der Gemeinderat.	Zustimmung. Nachrichtlich: Verwaltung bereitet für Mitglieder des Gemeinderats ein Papier vor zum Thema "Naherholung und Tourismus", um Interessen/Präferenzen grundsätzlich herauszuarbeiten.
16.	...sollte nun auch zeitnah ein geeigneter Platz für die Installation eines Hundetraining- oder -spielplatzes gefunden werden.	Die bisherigen Versuche, einen geeigneten Platz zu finden, sind fehlgeschlagen. In dem Zusammenhang wurden auch gewisse "allgemeine Vorbehalte" gegenüber eines Hundetrainings- oder Spielplatzes festgestellt. Die Verwaltung schlägt daher vor, zunächst im Gemeinderat die Grundsatzfrage zu beantworten, ob die Verwaltung das Projekt weiter vorantreiben soll.	Zunächst noch Beratung im Gremium.

SPD-Fraktion

1.	Aufstellung eines Konzepts zur Klimafolgenanpassung	Nach den Vorträgen im GR 2020 und dem Zugang des Förderbescheides aus dem Landesprogramm Klimopass im August 2021 und der Beauftragung des Büros Klimaplus fand im September 2021 das erste Onlinetreffen der Steuerungsgruppe aus Verwaltung und beauftragtem Büro statt. Der erste Workshop mit erweitertem Teilnehmerkreis (auch Vertreter aus GR) soll, je nach Pandemiesituation, Ende März 2022 (hoffentlich in Präsenz) stattfinden.	Kenntnisnahme.
2.	Aufstellung einer Bedarfsplanung für ältere Mitbürger mit Handlungsempfehlungen zur Pflegestruktur der Gemeinde unter Berücksichtigung des demografischen Wandels	Die Verwaltung wird beauftragt ein entsprechendes Angebot einzuholen. Über die Vergabe entscheidet der Gemeinderat / Ausschuss. Im Rahmen des Neubaus des Alexanderstifts können weitere Pflegeformen in der Gemeinde angesiedelt werden. Außerdem ist die Gemeinde Rudersberg an Abstimmungsgesprächen zur Pflegesituation rund um Schorndorf beteiligt.	Auch nach Fertigstellung des neuen Alexanderstifts wird hoher Bedarf gegeben sein. Sobald Klarheit besteht, was im neuen Alexanderstift konkret umgesetzt wird, weitere Schritte einleiten bzgl. erforderlicher weiterer Betreuungsformen.
3.	Vielleicht sollten wir unter ökologischen Gesichtspunkten ein generelles Böller-Verbot erwägen und über die Möglichkeit eines unter der Regie der Gemeinde durchgeführten zentralen Feuerwerks zum Jahreswechsel nachdenken.	Ein generelles "Böllerverbot" ist bei der aktuellen Rechtslage (Bundesgesetzgebung) rechtlich nicht zu begründen.	Kenntnisnahme.
4.	Begrüßen würden wir auch die Unterstützung des Freibadvereins bei der Ersatz-Anschaffung eines jederzeit einsetzbaren Rasenmähers.	Zustimmung zum Antrag. Die Mittel werden ggf. überplanmäßig im HH 2022 bereit gestellt.	Zustimmung. Deckung ggf. durch Minderabruf bei Zuschüssen an kirchliche Kindergartentäger.